

Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit und Vaterland.

Der Politische Wegweiser erscheint wöchentlich einmal an jedem Sonnabend. — Abzugspreis: 75 Cents pro Quartal monatlich 25 Cents. — Bestellungen nehmen alle öffentlichen Postämter, Briefbögen und der Verlag des (Herausgebers) Reichsstraße Nr. 87, entgegen. — Druck, Papier, Druck und Vertriebserhaltung entfallen dem Verleger aus der Haftung für Verzögerung und Entschädigung.

Abzugspreis: Für die abendliche Nummer-Seite 10 Cents. — Abzug in Reklamier 1 Mark. — Bestellungen nehmen alle öffentlichen Postämter, Briefbögen und der Verlag des (Herausgebers) Reichsstraße Nr. 87, entgegen. — Druck, Papier, Druck und Vertriebserhaltung entfallen dem Verleger aus der Haftung für Verzögerung und Entschädigung.

Nummer 23

Halle (S.), 3. Juni 1927

3. Jahrgang

Vormarsch des Nationalismus.

Der Sieg der Dikards — Abbruch der Beziehungen mit Rußland — Die Sünden der Kommunisten — Peinliche Empfindungen Moskaus — Litwinows grobe Note — Ueberflüssige Kriegsgerüchte — Die Neutralität der Mächte — Deutschlands Bindung durch den Berliner Vertrag — Der ägyptisch-englische Konflikt — Mussolinis Hege gegen Südtirol — Die einmütige Verurteilung Italiens — Der Völkerbundsrat — Danziger Beschwerde über Polen — Die Klage gegen Litauen — Merkwürdige deutsche Gerichtsurteile — Eingreifen des Preussischen Justizministers — Zentrumsstimmung — Der nachgiebige Marx — Der Fall Wirth — Der Fall Hörsing.

Die Dikards im Londoner Kabinett haben einen unpolitischen Erfolg davon getragen, weil man ihnen doch bei richtiger Betrachtung der Dinge annehmen muß, daß er zu einem Vorrückte wird. Zunächst aber haben sie ihre Absicht erreicht. Der Kampf zwischen England und Rußland ist vollzogen worden und das Unterhandeln hat ihnen mit übermäßiger Mehrheit zugesagt. Die offiziellen Vertreter der russischen Handelsabordnung müssen mit gebührender Eile das Land verlassen. Die diplomatischen Beziehungen sind abgebrochen ebenso die offiziellen Handelsbeziehungen, während die privaten weiter gebildet werden. Schon diese Einschränkung ist allerlei Schläge zu, zumal sie von Chamberlain noch unterdrückt worden ist. Man möchte nicht ganz auf das russische Geschäft verzichten, aber zugleich den Sowjets die Möglichkeit nehmen, unter der Handelsflagge politisches Unheil zu stiften. Es ist dabei gleichgültig, wie weit Churchill, der als die treibende Kraft anzusehen ist, Streikhand, Amern und Hicks mit ihren Vorwürfen im Recht sind. Es ist ohne weiteres anzunehmen, auch die Dokumente sprechen eine eindeutige Sprache, daß die Russen sich wider die Absicht in die inneren Angelegenheiten einer anderen Großmacht eingemischt haben. Das ist ihnen so üblich. Rußland trank an der Doppelzunge seines Systems. Während die eigentliche Handlung sich bemüht, den Anschluß nach Westen zu finden, bietet die kommunistische Parteizentrale, die mindestens ebenso mächtig ist, an der Ausbreitung der Weltrevolution. Ein Eingeständnis dafür und zugleich ein Versuch, um Uebel zu steuern, liegt in der oben in Moskau erlassenen Anordnung, wonach die Handelsdelegationen nicht den diplomatischen Vertretungen unterstellt und ihnen selbstherrliche politische Betätigung verboten wird. Damit ist die Schuldfrage bis zu einem gewissen Grade klärt. Aber politische Probleme sind keine juristischen.

Es ist ein Sieg des Nationalismus, der äußerst besänftigt wirkt. Ueber die grobe Antwort, die Litwinow in England in einer amüsanen Note erteilt hat, kann man mit wenigen Worten hinweg gehen. Schimpfen ist gegen keine Gegengründe. Der kluge Schriftsteller, der gewarntig sich einer zeitlichen Behandlung in Frankreich a. M. unterziehen muß, hätte ganz bestimmt nicht die Schimpfsidee untergeordnet. Sie sind offenbar nicht für den inneren Gebrauch verfertigt worden. Im Ausland haben sie nur peinliches Echo herbeizurufen, dort bei den Vätern der französischen Völker, die sonst in Grundbesitz mit Moskau Wert legen. Aber immerhin ist die Abbruch der Beziehungen auch den Russen auf die ersten gefallen ist. Deshalb auch die wilden Kriegsgelüste, die sogar in der offiziellen Brande wiedergegeben werden. Wohl England eine Blockade verhängen soll er ein Land, das gar keinen großen Export und noch so wenig Import hat, ist unerschütterlich. Wenn eine alte des Union hat in den finnischen Gewässern einen jollte, genaues wissen wir darüber noch gar nicht, könnte das schon als Demonstration gelten, aber nicht er bis zum Waffengang ist ein weiterer Schritt. Rußland ist für einen Krieg nicht gerüstet, wie er kürzlich so guter Kenner der Verhältnisse, wie es General Simoni ist, im Neuen Wiener Journal dargelegt hat. Rußland aber kann bei einem solchen Abenteuer nichts zinnen. Das Risiko steht in gar keinem Verhältnis dem an sich schon fraglichen Nutzen.

Die Haltung der übrigen Mächte zu Rußland ist besitz in wesentlichen festgelegt. Keine denkt ernstlich daran, ein britisches Beispiel zu folgen. Rußland hat das Recht, sich auch ausdrücklich in einer persönlichen Auseinandersetzung. In Paris legt man viel zu viel Wert darauf, Frage der Vorkriegssünden zu regeln, als daß man die ohne zwingenden Grund alles wieder leidenschaftig auf sich lehnte. Auch ist die Stimmung der Nation einem den Beginn abhold. Italien hat es gleichfalls abgelehnt, irgendwelche Schritte gegen Rußland zu unternehmen, während Deutschland ohnedies durch den Berliner Vertrag zu wohlwollender Neutralität verpflichtet. Deshalb hat es auch die Betreuung der russischen Interessen in England übernommen. Es konnte gar nicht anders handeln. Eine Parteimeasure liegt darin nicht

enthalten, wie selbst deutschfeindliche Blätter im Ausland anerkannt haben. Unsere Haltung wurde klarer zum Ausdruck gekommen, wenn England mit dem gleichen Ansehen an uns herangetreten wäre. Doch hat es vorzuziehen Deutschland vorgezogen. Auch die Amerikaner werden kaum weichen, obwohl ihre Sympathien zweifellos auf britischer Seite sind. Wenn der Vorkämpfer der Partei in Paris eine Rede gehalten hat, in der er die Machtüber der Sowjets mit tollwütigen Worten verglich und von einer Horde von Wörtern sprach, wird er damit kaum die Zustimmung des Weissen Hauses finden. Die Welt sieht diesen Konflikt nur mit ernster Besorgnis an, weil er die Wirtschaft läßt und eine Atmosphäre der Unsicherheit schafft.

Die Dikards haben sich mit dem ersten Streich nicht begnügt, sondern sofort zu einem zweiten ausgehakt. Ein Beschluß des ägyptischen Kammerparlamentes, der das Gehalt für den englischen Oberkommandierenden frisch, gab ihnen erwünschten Anlaß. Die Londoner Regierung verlangt jetzt eine Zurücknahme dieses Beschlusses und droht mit der Aufhebung der von England einseitig geschaffenen und durch keinen internationalen Vertrag gewährleisteten Autonomie des ehemaligen Khartoumlandes. Drei Schiffschiffe unterliegen sehr wirksam diese Forderung. An sich ist England zweifellos im Recht, nur entscheidet in der Politik der Erfolg. Das Land am Nildelta wird schließlich von Mohamedanern bewohnt, deren Schicksal mit ganzen Isolan als eigenes empfunden wird. Für die allgemeine britische Politik können daraus noch genügend Schwierigkeiten erwachsen. So hat denn die Opposition im Unterhaus sofort zugegriffen. Die Arbeiterpartei selbst ist ihres Führers beraubt, da MacDonald sich sicher krank Zurückhaltung auferlegen mußte. Die Führung ging dann an Lloyd George und die Liberalen über. Ein überredender Staatsmann ist er nie gewesen, aber einer der glänzendsten Agitatoren, über die England verfügt. Seine Kenntnis der Volkstimmung ist groß genug, um Erfolge abzuschätzen, und wenn er jetzt den Kampf gegen die Konserativen aufnimmt, so dürfte er demnach nicht genau wissen, was er davon zu erhoffen hat.

Wenn die Nationalisten zu Wort kommen, kann Mussolini unangenehm schmecken. Seine jüngste Redeleistung vor dem Parlament hat selbst die wüthigsten anaristischen Blätter ausgedrückt. Was uns an der Rede abstrakt, allerdings mit gebotener Vorsicht. Die kriegerischen Auseinandersetzungen mit irgendjemandem, den Namen nannte er nicht, wird erst in Jahren erfolgen. Er selbst hält ein zehnjähriges Regiment seiner Persönlichkeit für sicher. Wir nehmen das nicht sonderlich tragisch.

Demokraten, führt eure Kinder der Demokratischen Jugend

311.

Auch bei uns gab es einmal an leitender Stelle einen Mann, der immer von trockenen Reden und scharfen Säbeln sprach und selbst so friedfertig wie möglich gewesen ist. Allerdings hat er mit solchen Fanatismus sich selbst ein Ende bereitet. Was uns an der Rede Mussolinis interessiert, ist die Klärung über Südtirol, den er seine deutsche Kultur glattweg absperrt. Wir werden kaum in der Lage sein, uns mit Mitteln des Völkerbundes zur Wehr zu legen, da das Gebiet der Etsch nicht uns, sondern Österreich gehörte, und der Friedensvertrag von St. Germain seine Bestimmungen über Minderheiten ent-

hält. Vielleicht gebietet auch die Weltlage keine vorzeitigen Streitigkeiten heranzuzuführen, aber gebietet hat es die Bestimmung gegen den Faschismus bestimmt nicht. Und auf der Lagung der Weltliga für Völkerbund im Berlin ist die Verteilung einmütig gewesen. Engländer, Holländer und Franzosen gaben ihrem Unwillen Ausdruck. Italien hatte es nicht einmal gewagt, den Südtiroler Mitgliedern der Liga Pässe nach Deutschland auszustellen. Seine eigenen Vertreter aber wurden stumm und still, als auf diese Unterdrückung die Rede kam.

Die Ratstagung des Völkerbundes in Genf, die am 13. Juni stattfindet, wird erhebliche Beschwerden der Minderheiten über Gewaltmaßnahmen des Nationalismus zu erwägen haben. Danzig bringt die Angelegenheit der Westplatte zur Sprache, wo die Polen rechtsmäßig Mutation annehmen und unbekümmert um alle Vertäge schalten und walten, als ob die freie Stadt in ihr Eigentum übergegangen wäre. Nach das brutale Verbrechen gegen die deutschen Schüler und Eltern in Ost-Obereschlesien wird immer wieder den Rand beschäftigen, bis einmal dort gründlich Wandel geschaffen worden ist. Während wir früher mit Litauen ausgezeichnet standen, hat sich das geändert, weil auch dort der Nationalismus am Ruder ist. Der Ministerpräsident Waldemar ist sicherlich mit den Maßnahmen gegen Memel nicht einverstanden, was für er manderlei Zeugnisse gibt, aber seine Macht reicht nicht aus, die eigene klare Erkenntnis gegen den Willen der Militärs durchzusetzen. Die Auflösung des Memelländer Landtags und die Verschleppung der Wahlen sind ein Rechtsbruch, den Deutschland nicht stillschweigend hinnehmen konnte. Dr. Stresemann hat denn auch selbst Schritte unternommen, um vor dem Rat Anlage zu erhalten. Die Hoffnung, daß die Völker durch die Sprechenden des Weltkrieges wenigstens vom Nationalismus befreit würden, hat sich selber nicht bewahrheitet.

Nationalismus auch bei uns. Wir meinen damit nicht die Stahlpfählung und ähnliche Veranfassungen, die in ihrer Bedeutung weit überschätzt werden, sondern den Geist im großen Teil der Verwaltung und Justiz. Immer wieder erregt Urteile Kopfschütteln. Am bedenklichsten war das eines Berliner Antrichters, eines triebener Marine-Oberkriegsgerichtsrats im Fall Maxbaum. Kleine Selbststrafen wurden für die schwersten Verleumdungen verhängt, die auf der anderen Seite ausgeprochen, zweifellos nur mit Gefängnis geahndet worden wären. Viel schlimmer ist noch die Begründung, die in der Hugenberg-Bresse als Leitartikel hätte stehen können. Der Richter behauptete, daß Maxbaums Betreibung auf Vandalismus mit Frankreich eine Gefährdung des deutschen Volkes bedeute, gegen die sich die Angeklagten, ehemalige hohe Offiziere, hätten schützen müssen. Man mag über Maxbaums Politik denken, wie man will, aber wir haben noch niemals gehört, daß Völlische wegen ihrer offenen Auforderung, mit Rußland gemeinam die Waffen gegen die Westmächte zu ergreifen, von einem deutschen Gericht verdammt worden wären. Der Preussische Justizminister hat sich die Alten eingefordert und damit betundet, daß er diese Begründung mindestens als sehr merkwürdig empfindet. Vor einem anderen Berliner Gericht erhielten Nationalsozialisten wegen Sprengung einer Reichsbannerversammlung geringfügige Geldstrafen, während die meisten sogar freigesprochen wurden. Legt's zu den übrigen.

Mit besonderer Spannung wird man der Vorstandstagung des Zentrums entgegengehen können, die sich am Freitag mit dem Fall Wirth beschäftigt. Man draucht die Königsberger Rede des ehemaligen Kanzlers nicht in jedem Ausbruch zu billigen, daß aber Herr Marx sofort bereit war, auf deutschnationalen Einfluß hin, ein feindseliges Verfahren gegen den Parteifreund zu eröffnen und zugleich an die Preussische Regierung eine Aufforderung zu richten, Herr Höwing eines gleichen Vorgehens wegen zu maßregeln, mühte etwas seltsam an. Herr Marx wird kaum auf allgemeinen Verständnis damit stoßen, und ein Artikel der „Germania“ Wir und die Sozialdemokraten zeigt, daß man nicht allenthalben im Zentrum „mit der neuen Koalition zufrieden ist, sondern deren Ende herbeiseht. Richard Mo a.

... auf dem Parteitag, des Abg. Dr. Linneborn, ... Das Zentrum hat trotz seiner angeblichen Ge- ... herrschaft in Preußen seiner Willen bei der Präze- ... dungsfrage nicht erreicht; es hat trotz schärfster ... erforderte die Errichtung der Simultanakademie in ... auf dem Main nicht verbinden können; es unter- ... Jahr für Jahr bei seiner Forderung auf Erhöhung ... Staatszuschüsse für private Schulen, die natürlich in ... er Linie den Obdenschulen zugute kamen. Man kann ... oft sagen, daß es auch für das Zentrum einen Sieg ... dieser Hinsicht bedeutet, wenn es trotz des Unterlie- ... in diesen Fragen unerschütterlich bei der Weimarer ... sition stand.

Und wie sieht es jetzt? Selbst dort, wo man un- ... zu liegen hoffte, mit der radikalsten Forderung der ... zentralistische entfernt man sich eher wieder zum Ziel. ... Linneborn hat beweglich gefügt, daß neuerdings ... die Deutschnationalen bei der Verteidigung der Be- ... zentralistische verlagten. Er hat dabei auf die Abstim- ... mungen vom 20. Mai angepielt. Die Volkspartei hatte ... bei der zweiten Lesung des Kautzsets einen Antrag ... ebracht, die preußische Regierung solle bei der Be- ... tung des Reichsschulgesetzes für die Erhaltung der be- ... enden Simultanfakultäten eintreten.

Dieser Antrag ist bei der zweiten Lesung in nament- ... licher Abstimmung mit Hilfe der Deutschnationalen und ... Kommunisten vom Zentrum zu Fall gebracht worden, ... auf der Antrag zur 3. Lesung wieder aufzuheben.

Mitterweile aber haben die Deutschnationalen Hes- ... schlau, wo die evangelische Landeskirche mit für die ... zentralistische und den konfessionellen Frieden eintritt ... sich dementsprechend auch bei der Einweisung der Si- ... multanfakultäten beteiligte. Ihren Berliner Parteitag ... klar gemacht, daß sie bei der Simultanfakultäten ... auf hatten die Deutschnationalen sich wenigstens zu ... in Abänderungsantrag einschließen müssen; „dort ein- ... zu gehen, wo dieselbe der geschichtlichen Lieberliebung und ... Wünschen der Eltern entspricht.“ Dem grundsätzlichen ... Standpunkt des Zentrums war auch dies noch zu über- ... sehen, mit der Schule des Elternwillens, denn sich dann ... nicht mehr unterstellt. Es versuchte, in dem deutsch- ... nationalen Abänderungsantrag die geschichtliche Lieber- ... liebung herauszufischen. In der Abstimmung ließ Zen- ... trum und Deutschnationalen mit ihrem Abänderungs- ... antrag unterlegen, der volksparteiliche Antrag, der es ... wigen einen Reichsschulgesetz darstellt, welcher bis her ... mit einer Mehrheit von etwa 40 Stimmen ange- ... nommen worden.

Auf diesem Hintergrund spielen sich die Konföderat- ... onen ab. So ziemlich alle Parteien haben nach ... der Beratung der Demokraten nicht unterzogen, daß ein ... Vorhaben mit Schluß in m u n g e n für sie niemals ... frage kommt, und das Gleiche hat auch die Generals- ... sation der evangelischen Landeskirche der abgeprüften ... erklärt, obwohl das einen Bericht aus für ihre ... zentralistische bedeuten muß. Was noch übrig bleibt als ... anhangsgegenstand sind nur die rein kirchlichen ... anliegen. Man sollte hier wirklich nur auch im evangelis- ... chen und liberalen Lager mit Ruhe abwarten, was bei ... den Verhandlungen herauskommt. Das Entscheidende ... sein, wie man am besten den deutschen Katholiken ... verhältnis des Katholizismus und damit dem deutschen ... stum dient, ohne dabei ein Staatsinteresse aufzu- ... bringen. Umgekehrt müssen die deutschen Katholiken sich ... daß Verhandlungen auch völkerverständlicher Art mit der ... deutschen Kirche eben wegen ihrer ganz anderen Zu- ... senkung und landeskirchlicher Bestimmung niemals ... lich sind, daß also eine gewisse Inparität nach der ... gelassen Seite hin bei allen diesen Verhandlungen ... eht, ganz abgesehen von grundsätzlichen Bedenken der ... schtheit. Nur wenn man in allen Lagern gemäßigt ist, ... die Schwierigkeiten des anderen klar zu machen, wird ... schwerste Belastung unserer heutigen politischen Ent- ... tung zu überwinden werden können, daß es jeder ... der noch Besiegte in diesem inneren Kampfe gibt.

Dr. Bohner, M. 3. 2.

Die Ausgaben beliefen sich im Berichtsjahr auf 627,3 Mill. RM., gegen 395,8 Mill. im Jahre 1924 und 242,9 Mill. im letzten Vorjahresjahr. Die Steigerung gegen das Vorjahr betrug demnach 58 v. H., gegen 1913 sogar 158 v. H. Etwa ein Siebtel der Gesamtausgaben entfiel auf die Rentenleistungen, die sich gegen 1913 um 191 v. H. erhöht haben. Diese starke Zunahme ist eine Folge der Steigerung der Zahl der Renten und der Höhe der einzelnen Renten. Die freiwilligen Leistungen, unter denen das Heilversfahren die erste Stelle einnimmt, sind gegenüber 1913 um 36 v. H., die Verwaltungsausgaben um 35 v. H. gestiegen. Wenn man einerseits die Geldwertänderung, andererseits die Erhöhung des Arbeitsaufwandes, insbesondere durch die beschleunigte Berechnung der Zuschlagsteigerungen infolge des Gesetzes vom 1. April 1925 berücksichtigt, so ist die Zunahme der Verwaltungsausgaben als gering zu bezeichnen. Von den

Deutsche Demokratische Partei Bezirksverband Magdeburg-Anhalt

Wir bitten zu beachten:
Einzelmitglieder und Vertrauensmänner, die keiner Ortsgruppe und keinem Kreisverein angehören, zahlen einen Beitrag von vierteljährlich M. 1.— an den Bezirksverband.

Die Ortsgruppen mit Ausnahme des Unterbezirks Harz, des Landesverbandes Anhalt und der Ortsgruppe Magdeburg zahlen pro Mitglied an den Bezirksverband einen Beitrag von 15 Pf. vierteljährlich und den gleichen Beitrag für die Reichsgeschäftsstelle in Berlin.

Die verbundenen Kreisvereine Unterbezirk Harz, Landesverband Anhalt und Ortsgruppe Magdeburg zahlen für jedes Mitglied an den Bezirksverband vierteljährlich 10 Pf. und an die Reichsgeschäftsstelle in Berlin 15 Pf.

Jedes Mitglied der Deutschen Demokratischen Partei ist verpflichtet, für die Ausbreitung und Stärkung der Organisation bemüht zu sein.

Werbeanzeigen sind stets den zuständigen Geschäftsstellen zu übermitteln und zwar für den Unterbezirk Harz nach Halberstadt, Paulsplan 22, für den Landesverband Anhalt nach Dessau, Kochstedter Str. 4 und für alle übrigen Bezirke an die Geschäftsstelle in Magdeburg, Breiter Weg 139/140.

Die Anschriften der genannten Vertrauensmänner oder stillen Mitarbeiter aus den einzelnen Orten sind stets der Bezirksgeschäftsstelle bekannt zu geben.

Allen Demokraten wird es zur Pflicht gemacht, sich für die Verbreitung der „Mitteldeutschen Rundschau“ zu bemühen.

Alle Veranstaltungen sind möglichst frühzeitig in der „M. R.“ bekanntzugeben und über den Verkauf dieser Veranstaltungen kurze Berichte einzusenden.

Im Berichtsjahr wurde — den Reichsvorjahr nicht mitzuberrechnen — ein Uebererschuß der Einnahmen über die Ausgaben in Höhe von 101,4 Mill. RM. oder 14 v. H. der Einnahmen erzielt; im Vorjahre betrug der Uebererschuß 75,7 Mill. RM. (gleich 16 v. H. der Einnahmen), 1913 dagegen 176,4 Mill. oder 42 v. H. der Einnahmen.

Die Pachtfußordnung wird um zwei Jahre verlängert.

Die Reichsregierung hat beschloffen, die bisherige Pachtfußordnung, die zum 30. September d. J. abläuft, durch den Reichstag abermals um 2 Jahre verlängert zu lassen.

Dieserjenige unserer Freunde, die sich der schon in den Jahren 1920, 1922, 1924 und 1925 erinneren, die notwendig waren, um die Wünsche des gedrückten Pächterstandes auch nur einigermaßen in der Pachtfußordnung zu verankern, werden mit Genugtuung feststellen, daß es als ein großer Erfolg angesehen werden muß, wenn nun die Pachtfußordnung ohne besondere parlamentarische Schwierigkeiten verlängert werden kann. Die Deutsche Demokratische Partei hat mit dem größten Nachdruck sich für den Pächterstand einsetzt, im Gegensatz zur Volkspartei, die in dieser Richtung fast verstoß hat. Wundem kann man sich darüber kaum, denn die Interessen der Volkspartei liegen heute schon mehr beim Großgrundbesitz, als bei den kleinen Landwirten, die auf Pachtland angewiesen sind. Trotzdem wirt es eigenartig, wenn die Volkspartei in Verstoß D behauptet, sie sei eine Bauernpartei, sie habe ja auch mit dem Bauernbund zusammen eine Liste aufgestellt, die zur Wahl des Abgeordneten Westermann führte. Dieses Wahlbündnis und der bekannte Schrift nach „rechts“, den Dr. Böhm glaubte gehen zu müssen, ist dem Deutschen Bauernbund zum Verhängnis geworden. Im Bezirk Magdeburg-Anhalt sind von der großen Organisation nur noch Trümmer vorhanden. Im Interesse der Bauern ist das sehr zu bedauern. Die Verantwortung für diese gewiß politischen Fehler hat natürlich die Leitung des Bauernbundes zu übernehmen. Heute noch kommt es vor, daß Redner in Bauernbundesversammlungen die ungenutzte Bauernpolitik der Volkspartei verteidigen. Erst kürzlich hat der frühere Sekretär des Bauernbundes Klaus, der heute als volksparteilicher Parteifreier

tätig ist, in Loburg als ungeladener Gast, die volksparteiliche Trommel gerührt, mit dem Erfolg, daß man ihn höchlich hat, sich für die Folge an den Großgrundbesitz zu wenden; die Bauern verzischen gern auf diese volksparteiliche Bauernpolitik. Das ist deutlich, und sollte auch die Leitung des Bauernbundes veranlassen dafür zu sorgen, daß die parteipolitische Unabhängigkeit der Organisation gewahrt bleibt.

Die Elektrowirtschaft des Staates. Eine 80-Millionen-Marktiengesellschaft Preußens.

Seit langem treibt der preußische Staat eine planmäßige Elektropolitik und auch das Reich macht Vorbereitungen zu einer Aufteilung des ganzen Reichsgebietes in Bezirke, von denen jeder ein bestimmtes Gebiet zu verwalten hätte. Nicht Sachverständige sind für das Reichswirtschaftskammerium an der Arbeit, und es ist in Aussicht genommen, daß als Generalsachverständiger der bekannte bayerische Elektrizitätsfachmann Engelzell von Müllers die Ergebnisse der einzelnen Bezirke zusammenfassen. Nun tritt das preußische Staatsministerium mit einem Gesetzentwurf über die Zusammenfassung seiner elektrowirtschaftlichen Unternehmungen und Beteiligungen in einer Aktiengesellschaft hervor. Der Staatsrat wird die Vorlage in kürzester Frist beraten und man nimmt an, daß auch der Landtag sie noch vor der Sommerpause erledigt.

Man ist in Preußen der Auffassung, daß die Zusammenfassung der Ländere unternehmungen eine Erleichterung der bestehenden Maßnahmen des Reiches sein wird. Das preußische Vorhaben wird die dem Staat zu 100 Prozent gehörigen Gesellschaften Großkraftwerk Hannover, Preußische Kraftwerke Oberweser und Großkraftwerk Main-Weber in eine Aktiengesellschaft vereinen und dieser Gesellschaft aus die gesamten Beteiligungen des Staates an elektrowirtschaftlichen Unternehmungen übertragen. Es wird also die gesamte Verwaltung der staatlichen Elektrowirtschaftsunternehmungen in einer Hand liegen. Die staatlichen Elektrizitätsunternehmungen sind nach Plätze und Einwohnerzahl mit einem Versorgungsgebiet von 50 500 qkm mit rund 5 350 000 Einwohner das größte Unternehmen dieser Art, bleiben jedoch in Bezug auf die Stromerzeugung infolge geringerer Bevölkerungsdichte und schwächerer industrieller Bevölkerung der angrenzenden Bezirke hinter einigen Ueberlandverordnungen zurück. Für eine Umänderung der gegenwärtigen Organisation sprechen staatspolitische, betriebs- und finanzwirtschaftliche Gründe.

Da auf dem Gebiete der Elektrizitätswirtschaft mehrfach Berührungspunkte zwischen den allgemeinen Aufgaben der Staatsverwaltung und den Belangen der staatlichen Wirtschaft bestehen, bedient das öffentliche Interesse eine Vertretung der wirtschaftlichen Verwaltungen des Staates. Die wirtschaftlichen Gründe verlangen eine Organisation, die der vom Staat ausgehenden Stromerzeugung durch Geschlossenheit und Einheit eine rationelle Arbeit sichern. Gegen die Gründung einer Dachgesellschaft spricht neben der Tatsache, daß sich in dieser Form die Rationalisierung nicht ständig entwickeln lassen würde, aber auch das festige Kreditbedürfnis der Elektrizitätsunternehmungen.

Die preußische Aktion leitet aus insofern den Elektrofrieden ein, als die neue Aktiengesellschaft der Staatsunternehmungen in eine Interessengemeinschaft mit dem R. W. E. eintreten wird. Es werden baruffatsrechtliche ausgetauscht werden und der Staat erhält auf einen Sitz im Präsidium der Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätsgesellschaft. Das neue preußische Aktienunternehmen wird auf ein Kapital von annähernd 800 Millionen gestiftet und es soll rückwirkend vom 1. April 1927 ab gestiftet werden.

Geschäftliches.

Erstklassige Fahrräder auf geringe Teilsahlungen! Wir machen unsere Leser auf das Angebot der Firma „Autofahrer“, G. m. b. H., Berlin SW. 68, Alexanderstr. 11, aufmerksam, die beim Verkauf der Fahrräder auf die allgemeine wirtschaftliche Lage der Käufer besondere Rücksicht nimmt, denn sie verkaufen erstklassige Fahrräder mit schriftlicher Garantie bei nur M. 10.— Anzahlung und M. 2,50 Wochenrate.

Neue Bücher.

„Die Schönheitspflege des Mannes“ von Dr. med. Reiche, 200 Seiten auf Randdruck, 15 Abbildungen. Preis gebunden M. 3,30, kart. M. 2,50. Max Dörmes Verlag, Berlin W. 15.

Der Titel verblüfft, weil es ein solches Buch noch nicht gibt. Schönheitspflege ist nicht gleichbedeutend mit Verwahrlosung, wie aus dem Beispiel Americas zeigt, wo die Der ungeliebte Mann hat sein Fortkommen im Beruf, seine Erfolge in der Gesellschaft, er fühlt sich nirgends wohl und überall zurückgesetzt. Es braucht und darf kein Mann Mittelmeer, Hans oder Faustweiß, rote Hände, rote Nase, blauen Vortrage bekommt, gibt in jeder Form praktische Ratschläge, die jedem Mann willkommen sein werden. Besonders hervorzuheben ist, daß das Buch äußerst anregend, fesselt und fesselt. Es liest sich wie ein fesselnder Roman. Auch der halben. Ein sehr umfangreiches Register erleichtert die Benützung. Das Buch wird bei der Erstellung der Männer, die bekanntlich größer ist als die des schwachen Geschlechts, stark Verbreitung finden.

Verantwortlich für die Redaktion und den Verlag
Ludwig Müllers, Magdeburg.
Druck: Buchdruckerei Hugo Alpers (Wlg. Jtg.), Dessau.

Freunde!

Erhöht die Werbetätigkeit für unsere Wochenchrift! Wieviel Leser haben Sie schon gewonnen?



Zum bevorstehenden Pfingstfeste

Backartikel

Kafferausgangsmehl	5 Pfd.	26	Zucker Raffinade	5 Pfd.	33
Weizenmehl	22		Zucker Melis	36	
Bentelmehl (Diamant)	5 Pfd.	153	Saltaminen	90	
Butter	192		Röhren	70	
Pflanzenbutter	60		Kornmehl	60	
Homa-Margarine	90		Handeln, extra fein	220	
Tafelholz-Margarine	70		Polmin	85	
Fri-Ho-Di-Margarine	120		Schmalz	74	
Rahma butterfein	100		Milch, kondensiert	60	
			Süßige Milch, neu eingel.	35	

Vanillinzucker, Backpulver, Kuchengewürz, Zitronen, Zitronat u. Gese

Aus eigener Bäckerei und Konditorei:

Bienenstich, ganz	400	Obsttorten, Apfel und Aprikosen	240 und 300
Mandelkuchen	550	Sister	200
Mandelkuchen, extra gut	750	Sister m. Schokoladenüberzug	350
Streuhefkuchen	400	Sister, altdeutsch	200
Apfelkuchen	800	Sister, altdeutsch m. Schok. Uebz.	400
Zuckerbuchen	400	Aufläufer (Blech)	350
Topfkuchen m. Rosinen p. Pfd.	60	Kranzkuchen	50
Topfkuchen ohne Rosinen p. Pfd.	55	Ananaskränze	300
Stollen, pro Pfd.	55 und 60	Frankfurter Kränze	von 100 an
Stollen, extra gut, pro Pfd.	120	Baumstamm	280
Torten, verschiedene	von 250 an	Nasekuchen, pro Stück 25 Pfg. ganz	10,00

Geröstete Kaffees nur schmackhafte, ergiebige Qualitäten. Stets frisch gebrannt in eigener Rösterei

Kaffee I, rote Packung, 1/4 Pfd. 100
Kaffee II, blaue Packung, 1/4 Pfd. 85

Für die Festtage

empfehlen wir noch:

Rotweine	Weißweine
Tarragona 1/1 Fl. 150	St. Martin Berg 1/1 Fl. 145
Sala " 190	Gaubirkeheim " 145
Oberingelheimer " 130	Hambacher " 185
Montagne " 160	Schloßberg " 170
Johannisbeerwein " 120	Dypenheimer " 170
Heidelbeerwein " 120	Güldenmorgen " 170
Apfelwein, 1/1 Fl. 65	Apfelwein, süß, 1/1 Fl. 85

Zigarren u. Zigaretten in großer Auswahl

Konsum-Verein

für Magdeburg und Umgeg.

Eingetragene Genossenschaft mit beschr. Haftpflicht.

ALTSTÄDTER BÜRGERSÄLE
Kastellstraße 9
Telefonnummer 6774
Der Garten ist eröffnet!
Eingang Apfelstraße

W. Trint
Inhaber des altbekannten Refektoriums
Goldene Tafel
Kastellstraße 6
Telefon
Warme und kalte Küche zu jeder Tageszeit
Festsaal

Erstklassige Fahrräder
mit Garantie, Freilauf u. Bereifung in allen Preislagen von
M 39,50 an
Illustr. Katalog kostenlos
Wir liefern unsere Bekleidungsartikel, Radzubehör- und reparaturfreie jeder beliebigen Größe.
Die Aushändigung unserer besten Tourenräder erfolgt bei nur
Anzahlung m 10.-
Wochenrate m 2.50
AUTOFAHRAG G.M.B.H.
Berlin-SW 68
Alexandrinien-Strasse 945

Hohenzollern-Park.
Jeden Dienstag, Mittwoch, Donnerstag ab 3 1/2 Uhr
Kaffee-Konzert
mit
Kleinkunst-Bühne.

Billiges Pfingst-Angebot
Zu bedeutend ermäßigte Preisen:
Herren-Anzüge 22.00
Gummimantel 14.00
Hosen 3.90
Windjoppen u. Windjack 3.90
Kinder-Waschanzüge 4.50
Sport-Hemden 1.80
Sport-Hosen 2.20
Berufskleidung in großer Auswahl
Bitte meine 4 Fenster zu beachten.

KAVAUMA
KRANKENKASSE DES KAUFMÄNNISCHEN VEREINS | GEGR. 1899
DIE BESTE VERSICHERUNG GEGEN KRANKHEIT

J. Gorgens
Jakobstr. 3,
Ecke Kl. Marktstraße.

Fußbodenholzmatten
Salousten, Rolläden,
Reparaturen, Reparaturmatten
Saloufiesfabrik Schmi
gegründet 1871.
Magdeburg, Bettelgeißstr. 24, Tel.

Salzquelle
Jeden Sonntag:
Konzert
Anschließend
Tanzkränzchen.

Die Wahrheit über Ihren Charakter, Liebe, Zukunft, Reichthum, Eheleben etc. sagt Ihnen a Grund astrologischer Wissenschaft (Stern- deutung u. Graphologie (Handschrit- deutung) Entschlüsselt die Zukunft. Ich ent- fehle Ihnen, heute noch zu schreiben und Ihre genaue Adresse mit Geburts- datum anzugeben. Sie erhalten hierauf eine wichtige Mitteilung.
Georg Krieg, München
Postamt 26.

Franz Plitzkuhl
Empfehle:
Hüte, Mützen, Schirme, Wäpche, Kravatten, Stübe, Handschuhe, Sockensträger.
Magdeburg - N.,
Lübecker Straße 120.

Wilhelm Kobelt

Denken Sie daran Ihre
Familien-Anzeigen
auch in unserer Zeitschrift aufzugeben

ff. Wurstwaren

ff. Fleischwaren

Altrenom. Wurst- u. Fleischw.-F.
Magdeburg
Bärplatz
Fennruf 72

Politische Pfingsten

Von Hartmann Freiherrn von Richthofen, Mitglied des Reichstages.

Die leitenden Herren der Zentrumsparlei, die doch wohl in erster Linie für die Entschlingung der gegenwärtigen Regierungskoalition verantwortlich geblieben, haben sich in der Erwartung zweifellos nicht getrennt, daß das Kabinet in der Deutschnationale Volkspartei in unmittelbarer Folge politische Fatalitäten mit sich bringen werde. Die Deutschnationalen haben nun einmal im Lande so viel verprochen und so viele Forderungen aufgestellt, daß sie fast bei jedem Schritt, den das gegenwärtige Kabinet tut oder zu tun gesonnen ist, mit sich selbst in Konflikt kommen. Auf diese Weise haben wir im Deutschen Reichstag den großen Vorgang erlebt, daß die Deutschnationale Volkspartei bei Beschlußfassung des Republikstiftungsgesetzes, mit für den Paragraphen zu stimmen, der die Fernhaltung des ehemaligen deutschen Kaisers von deutschen Boden zum Gegenstand hat. Aber auch in anderen Entschlingungen, die sich politisch auf weitestgehendes deutsches Volkswesen beziehen, sind die Deutschnationalen zu fast 100 Prozent alles das, was sie in früherer Zeit ihren Wählern zugesagt haben. So flagrantestes Beispiel kann man hier auf die Behandlung der Monarchie auf dem Aufwärtungsgesetz im Reichstages beschließen, die — von deutschnationalen Reichstagsmitgliedern hergeleitet und vertreten — den erwartungsvollen Sparen und Gläubigern eigentlich keine irgendeine garantierte materielle Verbürgung bringt, sondern lediglich einige formale Fehler des Jahres 1925 von den gleichen Regierungsparteien hergeleitete Aufwärtungsgesetz zu beiseite schieben. Die demokratischen Vertreter im Reichstagsausschuß sind bei der Beratung dieses Gegenstandes von vornherein die Absicht gehabt, das Aufwärtungsgesetz praktisch über die Frage steht und daß schon die menschliche Tragweite mit diesem ganzen Problem verbunden ist, den Reichstagsmitgliedern verbieten sollte, von vornherein ausgleichslos die Entscheidung als agitatorischen Bodenschiffen zu stellen. Aber bei einigen besonders bedenklichen Stellen der Aufwärtungsgesetzgebung — wie beispielsweise bei der Aufwärtungsgesetzgebung — ist von Seiten der demokratischen Vertreter doch der Versuch einer Abänderung gemacht worden, aber an dem geschlossenen Widerstand der Regierungsparteien gescheitert. Selbst die mit aller Energie betriebene Forderung nach der Wiederaufnahme der Arbeit, die der demokratische Finanzminister Dr. Reinhold für eine Bestimmung der Aufwärtung der Anleiheobligations Schuld gehabt hatte, stieß auf ein „Nein“ der Regierung. Die gegenwärtige Reichsregierung hält sich, was Minister Dr. Reichhold als finanziell durchaus unangehörig hatte, für unmöglich und wenn sich die Regierungsparteien nicht noch eines Besseren bedienen, so werden wir uns leider mit der auch für jeden Fall unsicheren des Reichs bedenkliche Lasten abzufinden haben, die nicht nur jeder private Hypothekenspeicher, sondern jeder Sparrücklagenbesitzer bei der Aufwärtung unheimlich besser getroffen ist wie diejenigen, die in der Reihe in seiner eigenen Not ihr Geld, sei es freilich, sei es als zwangsgemäße mündelsichere Anlage zur Verfügung gestellt haben.

Die Demokratische Partei könnte daher, wenn sie die Energie parteipolitisch bewahren wollte, der Experimenten der gegenwärtigen Reichsregierung lieber noch längere Zeit in Ruhe zuschauen. Aber die Geschichte der Regierungsparteien der letzten Jahre überdacht, wird sich aber manchem, daß die Demokratische Partei bei jeder Regierungsbildung stets das außenpolitische Moment den Vordergrund gestellt hat. So ist auch für ihre Mitarbeit an der gegenwärtigen Regierung vor

allem die Erwägung bestimmend gewesen, daß durch eine unter deutschnationalem Einfluß stehende Regierung eine erfolgreiche auswärtige Politik nicht nur aufs äußerste erschwert, sondern daß mit einer Stagnation der ganzen außenpolitischen Entwicklung, die einem Rückschritt gleichkommt, als wahrscheinlich gerechnet werden müsse. Diese pessimistischen Erwartungen sind leider noch wesentlich schneller, als man annehmen mußte, Realität geworden. In die sich durch die Entwicklung der Verhältnisse in Frankreich und die Präokkupation der englischen Regierung durch die jüngstigen Ereignisse gespannte Lage ist von der gegenwärtigen Reichsregierung keineswegs im Sinne einer möglichst reibungslosen Fortführung der Locarno-Politik erleichtert worden. Im Gegenteil, man hat nun Schäden unserer nationalen Interessen den auswärtigen Gegnern der Locarno-Politik in den letzten Monaten ihrer Tätigkeit wahrhaftig nicht erschwert. Der erste Akt der jetzigen Reichsregierung war die Suspendierung der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen, obwohl man sich doch der Rückführung gerade dieser Artischen Fragen auf die gemeinsameuropäische Politik bewußt sein mußte. Dann folgte die Rede des Herrn Ministers Hergel, der Stellungnahme in Berlin, sodann der Beweis als erbracht gelten kann, daß die Deutschnationalen auch heute noch die Neutralität der außenpolitischen Verhältnisse nicht zu übersehen, geschweige denn ihr Verhängnis zu tragen vermögen. So ist unsere Handelspolitik zum Stillstand gekommen. Und auch die Verhandlungen mit Kanada, mit dem als erstes der englischen Dominien geordnete Handelsabkommen hergestell werden sollten, sind ins Stocken geraten. Daß der gleiche unerfröhlische Zustand in den Fragen der großen auswärtigen Politik eingetreten ist, wird auch von amtlicher Stelle heute nicht mehr bestritten. Gewiß hat Herr Dr. Stresemann recht, wenn er in seiner letzten Rede in Süddeutschland erklärt hat, daß der Weg der auswärtigen Politik eines Landes nicht immer ein ebener sein könne und Schwankungen unterworfen sei. Und dieser gilt auch für die auswärtige Politik, doch mit dem Geschicks Mächten kein ewiger Bund zu schließen ist. Etwas anderes aber ist es, wenn eine Regierung selbst in der Führung ihrer auswärtigen Politik schwankend wird und auf diese Weise die Mißerfolge gescheitert werden, die man dann doch wohl kaum dem Willen eines blöden Schicksals zur Last legen kann. Die Deutsche Demokratische Partei wird bei dieser Entwicklung der Dinge vorausechtlich gezwungen sein, ihre Opposition mehr und mehr zu verschärfen; denn sie kann nicht deutlich genug vor allem auch im Interesse einer zukünftigen ohne deutschnationale Einflüsse zu führenden Reichspolitik von den Maßnahmen der gegenwärtigen Regierung abweisen, deren Schädlichkeit für die Interessen unseres Volkes immer klarer in Erscheinung tritt.

Die Pfingsttage rufen uns die Zeiten in Erinnerung, als die ersten Vertreter der Gedanken des Christentums ausgesandt wurden, um die Menschheit für ihre Anschauungen zu gewinnen. Jenseitiger Glaube an die Güte der eigenen Sache und entschlossener Bekennter haben die christlichen Apostel ausgezeichnet und zur Durchführung ihrer Aufgabe befähigt. Diese Eigenschaften sind auch heute noch die sicherste Bürgschaft des Erfolges. Die Deutsche Demokratische Partei hat sicherlich keinen Grund, auch nur im geringsten an der Richtigkeit ihrer politischen Anschauungen zu zweifeln; im Gegenteil, diese haben sich in umfassender Weise auch bei anderen Parteien durchgesetzt. Wenn die Partei im Kampf gegen die fehlerhafte Politik der jetzigen Reichsregierung neben der erforderlichen Energie auch die notwendige Unterwürigkeit beim deutschen Volke findet, werden wir hoffentlich bald das Ende des gegenwärtigen außen wie innenpolitisch schädlichen Regierungsexperiments erleben.

Marx, der Kartellträger der Rechten.

Contra Hörsing und Wirth.
Man denke einmal gut zwei Jahre zurück. An die Zeit Reichspräsidentenwahl. Damals kandidierte Herr Marx „Wolfspräsident“ gegen die Reaktion. Damals ist Herr Marx durch die Lande gereist, immer unter dem Schutze des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, Seite an Seite, Schulter an Schulter mit Demokraten und Sozialdemokraten. Auf das ihm und Hörsing haben sie alle, die Hunderttausende und Millionen Volksgenossen diesem Manne zugewandt, diesen Mann geschätzt vor den Anspöckeln der Schwarz-Weiß-Partei, wohl er, der Rathsherr und Zentrumsmann, durchaus nicht Mann ihres Herzens war. Das war vor zwei Jahren.
Nun ist Herr Marx Kanzler einer Bürgerlosregierung. Er sitzt er im Kabinett mit den Deutschnationalen an einem Tisch. Schon das hat unendlich viel an politischem Glauben verloren, den wir einmal an die Unveränderlichkeit der Weimarer Koalition gehabt haben. Aber nicht genug. Marx nicht gut nicht damit, etwa aus außenpolitischen Gründen den bisher guten Namen als Auswärtiger herzugeben, denkt auch nicht daran, Güter und Schöpfer eines einflussreichen Kabinetts zum Republik zu sein — wie hätte er sonst die Kabinettsentscheidung im Fall Bredt zustimmen können — nein: er macht sich zum Kartellträger der Rechten. Das ist nicht etwa ein Wort aus dem Munde eines demokratischen oder Sozialdemokratischen, die ihm nicht gut auf seinen Wegen zu folgen vermögen, das ist eine Charakteristik aus der Feder eines Zentrumspolitikers, zu lesen in Nr. 31 der „Deutschen Republik“.

Der Brief des Reichstages an den Ministerpräsidenten Braun, der die Aufhebung des Oberpräsidenten Hörsing verlangt, ist das Ungeheuerliche, was sich je ein Zentrumspolitiker geleistet hat. Er hat deshalb in den politischen Kreisen, auf die Marx die Erfolge seiner Verbündigungsarbeit allein zurückführen muß, tiefste Verbitterung hervorgerufen. Und die preussische Regierung hat vielleicht gut daran getan, daß sie diesen Brief vorläufig in eine Mappe gelegt hat, die bei passender Gelegenheit einmal bearbeitet werden kann. Aber das alles genügt nicht. Herr Marx hat auch noch einen zweiten Brief geschrieben. An Dr. Wirth. Mit der Androhung, daß er die ihm erforderlich scheinenden Maßnahmen bei der Zentrumspartei treffen würde, falls sich befähigt, daß Dr. Wirth seinen Kampf um die Reinheit des politischen Bekenntnisses, denn das ist der Kampf gegen die Deutschnationalen, fortsetzen würde. Was sein, daß Herr Marx sich selbst gar nicht bewußt ist, daß die Deutschnationalen ihm die Rolle eines Beiständers aufgesungen haben. Aber ist niemand in seiner engeren Umgebung, sei es in seinem Amt, sei es in seiner Partei, der ihm die Augen öffnet? Auf dem Parteitag in Kiel ist es noch einmal gelungen, die Partei der Arbeitermassen um das Bekenntnis zum Staat zu führen. Will Herr Marx, will das Zentrum auch die letzte Chance für eine Front der sozialen Republikaner ausfinden? Dann tanze man nur weiter nach der Pfeife der Deutschnationalen.

Aus der Arbeit der demokratischen Landtagsfraktion

Wie der Großgrundbesitzer Steuern zahlt.
Die „Deutsche Bauernzeitung“ veröffentlicht folgende Mitteilung: „Im Kreise Frenstau, dem besten Kreise im Regierungsbezirk Potsdam, gehören den Großgrundbesitzern von den 452 000 Morgen landwirtschaftlich gemessener Fläche über 66 v. H., der Bauernschaft nur 25 v. H., der landwirtschaftlichen Einrentenbauern auf, während der Mittel- und Kleinbesitz 75 v. H. aufzubringen hat. 60 v. H. der Rittergüter zahlen überhaupt keine Einkommensteuer, rund 30 v. H. wurden nach dem Verbrauchsverhältnis, nur 10 v. H. nach den Rückschlüssen. Der Anteil der Bauernschaft an dem gesamten Steueraufkommen würde noch viel höher sein, wenn in diesem Jahre gerade bei den Kleinbesitzern nicht verhältnismäßig viel Abzüge für Viehverluste infolge Viehschlachtes hätten gemacht werden müssen.“ — Das ist die praktische Steuerpolitik des Reichs-Landtags, bei der die bäuerliche Bevölkerung die Steuern zahlt und die Großgrundbesitzer die Bürger zahlt.

Vom 40. deutschen Fürorgetag in Hamburg.

Im Ueberseebau sprach der Zukunftsreferent des Preussischen Landtag Landtagsabgeordneter Dr. Gynkel (Dem.) im Rahmen des Fürorgetages über „Rechtsfürsorge für Minderbemittelte.“ Auch hier hatte ein Teil der großen Aufgabe, die deutsche Rechtsfürsorge rationell zu gestalten, ihrer Lösung. Die viel zu große, die Millionenzahl der Fälle, die in Deutschland den Gerichten als freitragend zur Entscheidung überlassen wurde, mußte durch Auslaufverfahren und Güterverfahren verdrängt werden. Stark unterstrichen wurden dabei von Dr. Gynkel die Forderungen: bei der notwendigen Führung mit den Fürorgetag stellen darf die Verdrängung dieser Tätigkeit mit den Zukunftsrichtungen nicht abreißen, darf ferner das Auslaufverfahren strengstens nur Minderbemittelten zugute kommen, um nicht den Staats- und rechtspolitisch so wichtigen freien Berufsstand der Anwälte zu gefährden. Deshalb mußte die Anwaltschaft wie die Richterchaft diesen Aufgaben ihre Aufmerksamkeit auch praktisch zuwenden. Die Hamburger Einrichtungen seien vorbildlich.

Landwirtschaft und Kanalsan.

Bei dem Bau von Kanälen wird die Landwirtschaft häufig empfindlich geschädigt, indem die Grundstücke eines Besitzers zerstückelt oder die Fahrwege abgesperrt werden. Ein demokratischer Antrag im Preussischen Landtag hat demnach die neuen Kanalsanprojekte heraus hingewiesen und verlangt, daß den Landwirten anstelle der enteigneten Grundstücke nach Möglichkeit eine Entschädigung in Land gegeben werde. Es war auch die Anregung gegeben worden, die Fäden zu ein großartigiges Umlegungsverfahren zu übertragen. Eine Ausweisung aus der Landwirtschaftskammer der Provinz Sachsen ging vor einiger Zeit in dieselbe Richtung. Wie man verläutet, will die preussische Regierung solche Umlegungen nach Möglichkeit nicht eintreten lassen, sondern die Landentwässerungen sollen im Güterverfahren durch Vermittlung der Landesverwaltungsbehörden erfolgen. Die Landentwässerungen machen aber den Anlauf am Land notwendig, und die Staatsregierung will auch auf den Reichsweilensminister einwirken, damit Entschädigungsland ausreichend zur Verfügung gestellt wird.

Förderung der landwirtschaftlichen Statistik.

Die demokratischen Abgeordneten Meinde, Bartels-Hammer, Hoff, Hecht, Wachsopf, de Wente, Schmiljan, Herrmann, Jank und die übrigen Mitglieder der Fraktion der Deutschen Demokratischen Partei haben im Preussischen Landtag nachstehenden Antrag eingebracht: Der Landtag wolle beschließen, die Staatsregierung zu ersuchen, Mittel für die Zwecke der landwirtschaftlichen Statistik zur Verfügung zu stellen, damit das Statistische Amt mit den britischen Vertrauensleuten in persönliche Führung treten, die Auswertung der Materialien der Offenheit in größerem Umfange als bisher nutzbar machen und insbesondere möglichst frühzeitig die voraussichtlichen Ernteverluste nach Menge und Güte bekannt geben kann.

Höhere Altersgrenze für akademische Lehrer in Preußen.

Seit längerer Zeit wird in der Öffentlichkeit die Heraushebung der Altersgrenze der akademischen Lehrer in Preußen erörtert. Wie der „Demokratische Zeitungsdienst“ dazu mitteilt, steht in kürzester Frist eine diesbezügliche Vorlage des Kultusministeriums an das preussische Staatsministerium in Aussicht. Die Altersgrenze ist bisher auf 65 Jahre generell festgesetzt und eine Erweiterung kann nur von Fall zu Fall für je ein Jahr durch das Staatsministerium bis zur Höchstgrenze von 68 Jahren erfolgen. Alle übrigen deutscher Länder, mit Ausnahme von Mecklenburg, haben höhere Altersgrenzen für akademische Lehrer, so Württemberg das 67. Jahr, Baden das 68. Jahr und Bayern und Hessen haben überhaupt keine Altersgrenze. Das hat dazu geführt, daß in der letzten Zeit Berufungen nach Berlin leitens hervorragender Dozenten mit Hinweis auf die preussische Altersgrenze abgelehnt worden sind. Bei der Hinaufsetzung

ramm endgültig verabschiedet werden. Weiter ist vorge-
sehen die Einbringung eines Ausschusses zur Frage des Ein-
heitsstaates.

Bezirk Magdeburg.

Veranstaltungen

der Deutschen Demokratischen Partei, Ortsgruppe Magdeburg.

Gesellschaftlicher Ausguss: Montag, den 13. Juni,
abends 7½ Uhr in der Gesellschafts- und Breiterweg 139
Nr. 140.

Die nächste politische Versammlung findet Sonntag, den
9. Juni vormittags 11 Uhr in der „Freundschaft“, Prä-
denstraße 32, statt.

Abgeordneter Dr. Bohner über den italienischen Faschismus.

In einer überflüssigen Versammlung der Deutschen
Demokratischen Partei, Gruppe Altstadt, sprach am Mon-
tag abend Abgeordneter Dr. Bohner über den Faschismus:

Er rechtfertigt das Thema als Thema einer deut-
schen politischen Versammlung mit dem gelegentlichen
Schicksal des Faschismus in Deutschland durch Winde
der Gruppen. Faschistisch, an den bestehenden Gewalt
und Parteien vorbei, sei z. B. die gelegentliche Sprache
des Stahlhelms; faschistisch in der Agitation, d. h. im
Kriege Erlaubtes auf das bürgerliche Leben übertragen
das Maßregeln der nat.-soz. Gruppen in Berlin. Die
deutschen Nachahmer überließen, daß Mussolini eine po-
litische Figur in seinem Lande schon vor dem Marsch
auf Rom gewesen sei mit politischen Verdiensten um das
Land; Eintritt Italiens in den Krieg, Durchhalten nach
der Niederlage von Sarajewo, die im Gegensatz zur ita-
lienischen Regierung erreichten größeren Kriegsziele über
die reinen Programmpunkte hinaus. Wenn aus das alles
ein Teil aus ohne Mussolini sich hätte machen lassen,
so wäre es doch ohne ihn nie so in das Bewußtsein
und den Willen der Masse eingedrungen. Weiter habe
ich Mussolini im Gegensatz zu den deutschen Nachahmern
im Parlament beteiligt und auch dort das Wort ergrif-
fen. Der Marsch auf Rom sei in einem Augenblick er-
folgt, wo auch auf parlamentarischen Wege die Gewalt
auf Mussolini übergegangen wäre. Er habe sich
aber durch diesen Schein-aufstand das Recht geschaffen,
allein zu regieren und alles aus Revolutionsrecht zu be-
trachten. Politisch gefordert sei es auch gewesen, den
Marsch auf Rom, das Beispiel des Einfalls in Südtirol,
vorauszusetzen, um an der wegen des mitleidenden
Nationalsozialismus schwächsten Stelle die Diktatur des
Staates zu betonen.

Der Faschismus habe der Faschismus Italien die absolute
Jureisdiktatur, für die der Redner drastische Beispiele
nannte. Unsere Faschisten wollen in Deutschland an die
Stelle der Parteiherrschaft aufkommen. Im Grunde
räumten sie aber auch mit dem Namen, wie Mussolini heute
insgesamt, die in einer Partei Regierungspraxis und
Verfügungsgewalt, Landrat und Bürgermeister seien und
als Parteivorbild als Vorbildung nachzusehen, während bei
uns in Deutschland überall die öffentlichen Körperchen
eben diesen Beamten findend, die immer aus beiden
Lagen genommen würden; in Preußen habe man doch
noch immer de-facto-diktatorische Landräte usw.

Die Parteiherrschaft des Faschismus gründe aber
nicht auf dem Willen, sondern auf dem persönlichen Regiment. Von
solchen persönlichen Regiment hätten wir Deutsche
anekdotische Beispiele in unserer und unsrer französischen
Nachbarn Geschichte an Wilhelm II. und Napoleon III. er-
lebt. Wen gelüste nach einer Wiederholung?

Die angeblich große Schaffensfähigkeit Mussolinis sei
ein Generalis im Krieg. Da sei auch alles geschifft
worden, aber eines Tages sei die Wirtschaft bankrott
gewesen. In Italien sei man aber in Wirtschaftskrisen
schon längst trotz des Steigens der Lira auf einen solchen
Lagung gefaßt.

Habe Mussolini das Land vor dem Bolschewismus
verwahrt? Die Politik des Sichtschaufelns, die
Politik betrieben habe sei viel wirksamer gewesen, und
Mussolini habe die Fiktion eingeholt. Die Arbeit-
geber, die im Faschismus etwas wie die Schutzgarden gegen
den Sozialismus gesehen hätten, stünden heute, wo sie mit
Arbeitslosen in einen Zwangsverein eingeschlossen
sind, dessen Sekretäre der Staat bestimme, erniedert da.
Da unser Wirtschaft das Diktieren der Arbeits-, aber auch
der Lohnbedingungen sich wünscht, das der Faschismus
verwahrte?

Mussolini werde zuletzt nach außenpolitischen Erfolgen
verloren, die dann zur Basis der Verdrängung mit
ein sehr verengten Gegnern werden könnten. Das
läßt aber zuletzt zum unangenehm Spiel eines Kriegs.

Redner schloß die Bemerkung die Ansehlichkeit der öffent-
lichen, aber auch privaten Meinung und schloß damit, daß
Stellen in die innere parteipolitische Zerstückelung des
Mittelalters zurückzuführen drohe. Es sei doch bedenklich,
daß ein einziger der fünf Hauptführer Italiens im Krieg
Kapello wegen Mordanschlägen zu 30 Jahren Kerker
verurteilt werden müßte. Nachfolger Mussolinis seien nicht
zu sehen. Denn im Wichtigen, in der Führerwahl,
verlange der Faschismus nötig und gebe das in seiner
offiziellen Literatur auch zu. Das Königtum habe aber
eine Gewalt mehr. Man rechte also mit dem Kampf der
Generäle im Gemisch. Wenn der Faschismus die Aufgabe
hat, vielen die Teilnahme an vielen Gütern des Friedens
zu schaffen und diesen dabei zu immer höherer Sitt-
lichkeit zu heben, so hat der Faschismus darin völlig ver-
gessen. Er hat die Fiktion in Italien friedlos gemacht
und er arbeitet mit politischem Moos.

Nach einigen geschäftlichen Mitteilungen und Be-
stätigung der bisherigen Vorstandsmitglieder wurde die
Beratung von Kaufmann R e k k mit dem Hinweis,
daß am Sonntag, den 19. Juni, für die Gesamtpartei
wieder eine politische Versammlung stattfindet, geschlossen.

Mieterverein Wilhelmshafen. Im Reichsbund deutscher
Mieter, Bezirk Wilhelmshafen, sprach Landtagsabgeordneter
Dr. Bohner über das kommende Städtebaugesetz, das
gegenwärtig im preussischen Landtag beraten wird. Vor
dem Kriege hatten wir einen Bedarf von 250 000 Woh-
nungen, das bedeutete eine starke Bautätigkeit. Zeit-
gehende Vorschriften bestanden für die Errichtung von Ge-
bäuden, Fabriken usw. nicht. So konnte man auf seinem
Grundstück eine Fabrik oder ein Privathaus bauen, einen
Park anlegen, eine Werkstatte errichten, das war Privat-
sache. Bedingung war nur, daß die Vorschriften über die
Höhe des Hauses, die bestimmte Entfernung von der
Straße nicht verletzt wurden. Der Staat versuchte durch
ein Flächenminderungsgebot 1874 auf eine planmäßige Bebauung
hinzuwirken, wozu 1902 ein Vermietungsgesetz kam.
Nach dem Kriege folgten das Kleingartengesetz und das
Baumhofgesetz. Das neue Städtebaugesetz ist nun eine
Zusammenfassung und Ergänzung aller bisher bestehenden
Vorschriften und Ergänzungen. Das Gesetz fordert von je-
der Gemeinde das Aufstellen eines Flächenaufteilungs-
plans. Es will die in der Nähe gelegenen Grünflächen
erhalten. Als Grünflächen haben außer landwirtschaftlich
oder gärtnerisch benutzten Gärten auch Friedhöfe, Parks,
Anlagen, Kleingärten, Spiel- und Sportplätze zu gelten.
In dem Plane sind weiter die Verkehrsflächen für die
Eisenbahn, Schiffe, Autos und Flugzeuge vorgesehen,
endlich auch in Bergbauebenen Bergbauflächen. Billige
Wohnungserbauung die Wohn- und Industriezonen.
Dadurch werden gemischt gebaute Stadtteile, wie z. B.
Buda, vermieden. Bevor die Flächenaufteilungspläne
endgültig festgelegt werden, sind für längere Zeit durchzu-
setzen. Es genügt nun nicht, daß die einzelne Gemeinde
ihren Aufteilungsplan macht, vielmehr wird es erforderlich
sein, daß man sich mit den Nachbargemeinden soll, sogar
mit dem Kreis auf einen Plan einigt. Ferner sollen die
Städte von Wald und Grünflächen möglichst umgeben sein.
Das werden und Straßen von Nachbargemeinden, den sogenan-
nten Erbschaften. Bei der Anwendung des
Städtebaugesetzes wird sich häufig ein Eigentumsbeschrän-
kung nicht umgehen lassen, für welche dann eine ange-
messene Entschädigung vorgesehen ist.

Schönbeck a. Elbe. Montag, den 13. Juni, abends
8 Uhr sprach im Cafe Nehring, Friedriehstr. 4, Landtags-
abgeordneter Dr. Bohner über „Faschismus“. Zu dieser
Versammlung sind die demokratischen Wähler freundschaftlich
eingeladen.

Schönbeck a. E. In dem letzten Vortragsabend un-
serer Ortsgruppe sprach Herr Parteisekretär B i s - H a l b e r
stadt in einem sehr zweifelhafte feisenden Vortrage
über: „Eindrücke und Verlauf des Reichs-
parteitages in Ham burg“. Die aus allen Ecken
Deutschlands besetzte Tagung hielt sich auf einem hohen
Niveau. Ernst Sachlichkeit und treue Hingabe zum Vater-
lande zeigten sich die Hand bei den Auseinandersetzungen
der drei Verhandlungstage. Im Vordergrund standen
zwei Hauptfragen, die wohl die wichtigsten innens-
politischen Probleme Deutschlands für die ganze nächste
Zeit sind, nämlich die Bauernfrage und die Frage des Ein-
heitsstaates. Wirtschaftlich sind die Deutschen leidlich zu-

Mit den verschleierten Personen und dem verschwundenen
Einsatzbereich ist es nicht. Trotz der Schonung der
Steuerfiskus weist der Etat für 1926 einen Einsatzbereich
von 200 Millionen Mark auf. Statt das Steuer-
system aber zu vereinfachen, werden jetzt 2000 neue Steuer-
beamte eingestellt und viele Millionen an politische Inter-
essengemeinschaften verschickt. So führt die heutige Re-
gierung ihr Dasein, um auf kulturellen Gebieten der Rück-
schritt ungehindert anbahnen zu können. Eingehend verber-
tete sich Redner dann über die Arbeiten in den verschle-
deten Ausschüssen, in denen die Räte des Mittelstandes und
die Wünsche der Beamten und Arbeitnehmer eingehende
Würdigung fanden. So befristete die Partei auch Neue
ihren ausgleichenden, sozialen und veredelnden Charakter.
Ein glänzender Gesicht im Schauspielhaus beendete die
vom Landtagsabgeordneten Tagung. Starter Beifall folgte
den begeisterten Ausführungen des Redners, denen sich
eine rege Aussprache anschloß.

Bezirk Halle.

Nach immer Schulausschüsse unter „Schwarz-Weiß-Rot“!

Halle. Aus Lehrentreffen wird uns Nachrichten ge-
meldet: Am Sonnabend, den 21. Mai 1927, abends 6.13
Uhr hält eine Anwaltskammer der Latio in Halle unter
Führung eines ihrer Lehrer auf Bahnhof Berga-Redbra
und erwartet den Zug zur Heimfahrt. Die Klasse führt
eine entrollte schwarz-weiß-rote Fahne von ansehnlicher
Größe mit sich. — Der führende Lehrer dieser Anwalts-
klasse scheint demnach den Ministerialerlass, der mit den
Parteiabzeichen in der Schule ausräumte und auch bei
Schulausschüssen das Wirftieren von Parteiabzeichen verbot,
entweder nicht zu kennen oder ihn nicht zu beachten. Wir
werden die Ungehörigkeit zur weiteren Veranlassung der
zuständigen Stelle unterbreiten.

Halle. Die von der Mitgliederversammlung des
Vereins der D. O. R. genehmigten neuen S a h u n g e n
sind im Druck erschienen. Den Mitgliedern steht je ein
Exemplar kostenlos zur Verfügung. Die Abgabe erfolgt
in der Geschäftsstelle Große Brauhausstr. 30
(Ritter-Passage-Neubau).

Halle. Deutsch-demokratische Frauengruppe am
Freitag, den 10. Juni, abends 8½ Uhr Zusammenkunft im
St. Nicolaus. Frä. B i s c h o f f sprach über „Winn
Cauer, eine Führerin der Frauen“. Die Mitglie-
der werden um recht zahlreichere Beteiligung gebeten. Gäste
können eingeführt werden.

Halle. Im Republikantischen Frauenbund sprach am
Montag, den 30. Mai, Frau Irma Wolff in einer gut
besuchten Mitgliederversammlung über „Die Bedeutung
des Handwerks für die Gegenwart“. Die Rednerin zeigte
einstehend, wie im 19. Jahrhundert die Bedeutung des
Handwerks langsam zurückging wie Maschine und Groß-
betrieb die billige „Fabrikarbeit“ brachte, die handwerk-
liche Erzeugnisse verdrängten und die fürchterlichen wirt-
schaftlichen Rückschläge unter den Handwerkern zeitigte. Mit
den wirtschaftlichen Niedergang der Handwerker ging der
geschmackliche Tiefstand zu Ende des Jahrhunderts Hand
in Hand. Die Jahrhundertwende brachte den Umsturz
als Friedrich Naumann den Begriff „Qualitätsarbeit“ für
gute Erzeugnisse der Wirtschaft prägte und die Künstler
neue handwerkliche Formen erfanden. Der kulturelle
Wert des alten Handwerksstandes wurde neu entdeckt.

Die Rednerin zeigte, daß die Mitarbeit der Frau als
Krankenkassen im Wirtschaftsleben gerade in den
letzten Jahren viel zur Festigung des Handwerks beigetra-
gen hat, und die Frau selbst ist ja als Gelehrte und
M e k e r i n in verschiedenen Handwerkszweigen heute
tätig.

Dann ging die Rednerin auf die Bedeutung des vor
noch nicht langer Zeit begründeten Instituts für rationale
Handwerkforschung in Karlsruhe ein, ferner auf die
konzentrierten Sammlungen und Untersuchungen des
Reichsanstalts für Handwerksforschung, der an vielen Orten Deutsch-
lands gutes Handwerk und alte Volkstümlichkeit vor dem
Untergang rettete.

Die Ergänzung der jährlich eingestellten Maschinen-
arbeit durch die mehr persönliche Arbeit des modernen
Handwerkers, der Fühlung mit dem Bedarf des Kunden
und Bestellers hat, erscheint für ein gelingendes Wirtschafts-
leben dringend erforderlich.

Halle. In der am vergangenen Freitag im Winter-
garten stattgefundenen Mitgliederversammlung der Orts-
gruppe Halle des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold sprach
der 1. Vorsitzende Kam. Frick
F e r d i n a n d über das Thema „Der Stahlhelm als
Landesheim“. Veranstaltung zu diesem Vortrag gaben die
Befehdungen, die der Stahlhelm in letzter Zeit gegen
das Reichsbanner erhebt und um Teil durch Flugblätter
verbreiten läßt. Das Reichsbanner ist geschaffen, um die
neue Staatsform und deren Symbole zu schützen und am
sozialen Ausbau des Volksstaates mitzuwirken. In schroffer
Form heßt der Stahlhelm die Organisation der
Republikaner, spielt einen Teil des Volkes gegen den
anderen aus und ist somit als Volks- und Landesheim
zu bezeichnen. Die Ausführungen, die vom Kam. Land-
tagsabgeordneten Dr. Fischer in wertvoller Weise er-
gänzt wurden, fanden den besten Beifall der Versamm-
lung. Hiernach begründete der 2. Vorsitzende Kam.
K e m i c h eine Entschlossenheit, die sich mit dem Vorgeh-
den des Reichskabinetts gegen den Bundesvorsitzenden H ö r i n g
beschäftigt, einstimmig angenommen wurde und wie
folgt lautet:

„Die Mitgliederversammlung der Ortsgruppe Halle
(Saale) des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold nimmt mit
Entschlossenheit Kenntnis vom Vorgehen des Reichskabinetts
gegen den Bundesvorsitzenden Otto H ö r i n g. Entschieden
Entreten für Republik und Verfassung ist Pflicht jedes
republikanischen Beamten und hat auch vor Ministerien
nicht halt zu machen. Das Reichsbanner Schwarz-Rot-
Gold begrüßt das Verhalten H ö r i n g s, spricht ihm für

Nichts kommt von selbst,
auch die Verbreitung unserer
Wochenchrift
muß erarbeitet werden.
Verbet bei allen Gelegenheiten Leser!
Professur durch den Verlag

sammengedacht, wie wenig wir aber politisch das einzige
Volk sind, davon wurden auf der Tagung erschütternde
Prober gegeben. Aus berufenem Munde hörte man, daß
die Kompetenzstreitigkeiten zwischen dem Reiche und Preu-
ßen ein Drittel der Arbeitskraft in den preussischen Mi-
nisterien verschlingen und den Geschäftsgang in unerträg-
licher Weise verzögern. Bayern und das Reich pertrahen
mit einander auf dem Wege der Noten, ganz wie fremde
Mächte. Durch die Aufrechterhaltung von 18 Parlamenten
mit den dazu gehörigen Ministerien und rund 2000 Par-
lamentariern werden Hunderttausende vom Mark auf
Kohlen der Steuerabläßer vergeudet. Und trotz dieser kost-
spieligen Einrichtungen ist es in einzelnen Kleinstaten
nicht möglich, eine Regierung auf die Beine zu bringen.
Der Weg zum Einheitsstaate wird erst gefunden werden,
wenn die Deutschen die Vielgereiztheit und Zerstückelung
satt haben werden. Beachtenswerte Vorschläge wurden auf
dem Parteitage gemacht. Der Vorschlag, durch allmähliche
Komplexenerweiterung zum Einheitsstaate zu gelangen,
ist ebenso gangbar, wie der Rüksicht Gebante der Schaffung
von Reichsländern. — In erspöndlicher, klarer und
staatsmännlicher Weise leitete sich der Reichsfinanzminister
a. D. R. K e i n h o l d mit seinen Gegnern auseinander.



das seinem Eid entsprechende Auftreten tiefsten Dank aus und erwartet von der preussischen Staatsregierung eine Regelung der Angelegenheit, die dem Willen der republikanischen Volksmehrheit entspricht."

Nach Erledigung organisatorischer Fragen wurde die Besprechung mit dem Reichsbeamtenrat und einem dreifachen „Frei Heil“ auf die Republik und die schwarz-rot-goldenen Farben geschlossen.

Halle. Der „Gewerkschaftliche Pressedienst“ schreibt uns über die Aufhebung der Rentenbezüge aus der Angestelltenversicherung und über die teilweise Neuregelung mit Wirkung vom 1. Juli 1927: Durch das Gesetz vom 8. April d. J. sind die Leistungen der Invalidenversicherung u. a. dadurch erhöht worden, daß man die Steigerungsbeträge für die Inflationsbeiträge verdoppelt hat. Da für die meisten Rentnem Empfänger der Angestelltenversicherung teilweise auch Beiträge zur Invalidenversicherung geleistet worden sind, kommt auch ihnen diese Verbesserung zugute. Entscheidend für die Höhe der Aufhebung ist der Anteil der Rente, der auf die Invalidenversicherung entfällt. Dieser Anteil erhöht sich durch die Neuregelung mit Wirkung vom 1. Juli 1927 ab eine Verdoppelung, jedoch alle in Betracht kommenden Aufhebungsbeträge mit einer gewissen Ermäßigung ihrer Höhe rechnen können. Aber auch die Hinterbliebenenrentnem Empfänger der Angestelltenversicherung haben eine Erhöhung ihrer Bezüge zu erwarten. Auch bei den bereits vorhandenen Rentnem Empfängern müssen hier im Gegensatz zu dem bisherigen Recht die Invalidenversicherungsbeträge des Verstorbenen mit in Anrechnung gebracht werden. So kommen denn die 33 Millionen, die die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte nunmehr an die Invalidenversicherung zu zahlen hat, weitgehend zum Teil den Angestelltenversicherten wieder zugute.

Wirtschaftliches

Die Zunahme der landwirtschaftlichen Betriebe. Die Siedlungsergebnisse.

Als eines der Hauptergebnisse der landwirtschaftlichen Betriebszählung von 1925 ist jetzt festgestellt worden, daß sich die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe im jetzigen Reichsgebiet gegenüber 1907 um 455 000 Betriebe oder 10 v. S. vermehrt hat. Insgesamt wurden im Jahre 1925 5 096 543 landwirtschaftliche Betriebe mit einer Fläche von mindestens 5 Ar festgesetzt. Der größte Teil der Zunahme entfällt auf die Zwergbetriebe von 5 bis 60 Ar, deren Zahl sich um rund 400 000 erhöht hat. Abgesehen von einer besseren statistischen Erfassung kommt darin die tatsächliche Entwicklung zum Ausdruck, die sich seit 1907 vollzogen hat. Auch die Zahl der Parzellenwirtschaften mit 0,5 bis 2 Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche hat sich gegenüber 1907 um annähernd 60 000 vermehrt. Relativ geringfügig ist die Zunahme der Kleinbäuerlichen Betriebe. Sie beträgt nur 9000 oder 0,9 v. S. Nicht beachtenswert ist dagegen die Zunahme der mittelbäuerlichen Betriebe, die rund 25 000 beträgt. In dieser Zunahme dürfte nach der von amtlicher Seite vertretene Auffassung in gewisser Hinsicht ein Erfolg der Siedlungstätigkeit seit dem Jahre 1907 zu erblicken sein, handelt es sich doch bei der Schaffung von Neusiedlungen

auf Grund des Reichsiedlungsgesetzes und auf Grund des preussischen Gesetzes über Schaffung von Rentengütern in der Hauptsache um mittelbäuerliche Betriebe. Seit dem Jahre 1907 bis 1925 wurden allein in Preußen 15 659 Rentengüter mit einer Fläche von 133 442 Hektar neu ausgelegt. In der Zeit von 1919 bis 1925 wurden auf Grund des Reichsiedlungsgesetzes im Reich 16 728 Neusiedlungen mit 146 470 Hektar begründet.

Auch die Anlageförderung dürfte zur Vermehrung der mittelbäuerlichen Betriebszahl beigetragen haben, ins-

Zur Beachtung!

Unsere Parteigeschäftsstelle mußte wegen Umbau des Hauses abermals verlegt werden. Sie befindet sich jetzt

Große Brauhausstraße 30
(Ritter-Passage).

Wir bitten, dies bei allen Zuschriften und Sendungen zu beachten.

Deutsche Demokratische Partei
in Halle.

fern, als Parzellenwirtschaften und Kleinbäuerliche Stellen im Wege der Anlageförderung zu mittelbäuerlichen Betrieben aufgestiegen sind. Insgesamt wurden von 1919 bis 1925 im Deutschen Reich 156 228 Hektar Land im Wege der Anlageförderung an rund 168 398 Kleinstellen abgegeben.

Die großbäuerlichen Betriebe haben seit der letzten Zählung einen nicht unerheblichen Rückgang erfahren und zwar um rund 28 000 Betriebe. Dieser Rückgang liegt in der Linie der Entwicklung, die auch in früheren Jahren beobachtet wurde.

Soziales.

Das Heimstättenamt der Deutschen Beamtenchaft e. V., Berlin-Glückstadt, eine gemeinnützige Gründung der großen Beamtenhilfsorganisationen, hat in diesen Tagen eine Heimstättenparade für die Beamten gegründet. Bei Erfüllung der Bedingnisse ist durch das Amt jedem Beamten die Möglichkeit gegeben, das feste Wohnungsgeld bei Errichtung einer Heimstätte oder im Laufe der Sparzeit zu erhalten. Das gemeinnützige Unternehmen wird auch betreut sein, nach der bald zu erwartenden Beratung der Beamten-Heimstätten-

gesetzes die notwendigen Heimstättenfelder zur sofortigen Auszahlung zu beschaffen. Die Ortsstelle der Beamten-Epikopienorganisationen und das Heimstättenamt liefern nähere Auskunft. Auch ist der Beamten-Siedlungsausschuß, Oberpostdirektor Vertmeil, Magdeburger, Hindenburgstraße 25, Fernsprecher Magdeburg 1153, näheren Auskunft bereit.

Die Durchführung des Impfgesetzes.

Der Preussische Minister für Volkswohlfahrt weist in ein Rundverfügung an die nachgeordneten Behörden darauf hin, nach dem Gesamtresultat der Schutzimpfungen im Jahre 1921-23 das Impfgesetz noch nicht wieder so leicht durchgeführt ist, wie es in der Vorzugsliste der Voll- u. Teilschutzimpfungen die Zahlen der vorwärtsdringenden Entschieden in diesen Beziehungen noch recht hoch. Der Minister sucht daher, dem Amtlichen Preussischen Pressedienst zufolge, zuständigen Stellen, die mit dem Vollzug des Impfgesetzes trauten Behörden anzuweisen, mit allem Nachdruck auf die Erfüllung der Impfpflichten hinzuwirken.

Erfüllung der Auslagen an Schwestern. Der Preussische Minister für Volkswohlfahrt hat dem Staatsrat den Entwurf einer Verordnung über die von den Trägern der Krankenversicherung an die Hebammen zu zahlenden Gebühren erteilt. Wie der Amtliche Preussische Pressedienst aus der Begründung mitteilt, hat sich die bisherige Regelung, die ein besonderer Anspruch der Hebamme auf Entschädigung ausfällt, nicht als zweckmäßig erwiesen. Daher sieht der Entwurf für die neue Verordnung vor, daß der Hebamme diese Entschädigung für Benutzung von Fahrwegen, Eisenbahnen usw. in je-

Neuregelung der Hauszinssteuer durch das Reich.

Zu den Mitteilungen, die über die Neuordnung der Hauszinssteuer durch das Reich im Rahmen des Gesetzes zur Bereinfachung der Realsteuern gemacht worden sind, erfährt der „Demokratische Zeitungsdienst“, daß die vorbereitenden Entwürfe eine Begrenzung der Steuerhöhe auf 14 v. H. im Falle der Steigerung der Mieten bis zu 14 v. H. vorsehen. Ferner soll die Vorzugsbefreiung des Hauses berücksichtigt werden, dagegen wird kaum festgemacht werden, in welchem Maße die Hauszinssteuer von 1907 her abgebaut werden soll, wenn auch der allmähliche Bau vorgezogen ist. Aber diese Frage werden noch Verhandlungen amtsden, nachdem der Reichsfinanzminister in sei-ner Ausprache mit den Finanzministern der Länder in voriger Woche von seinen Plänen Kenntnis gegeben ist. Bei dieser Gelegenheit taucht auch wieder die Frage Beteiligung der Landwirtschaft an der Aufbringung Hauszinssteuer auf, doch ist darüber Endgültiges noch nicht festgesetzt.

Mehrere Berichte mußten wegen Plagiat zurückgestellt werden.

Bei unregelmäßiger Post-Bestellung beschwere man sich stets bei dem zuständigen Postamt, auch dann, wenn der Brief unsere Zeitung durch den Verlag überwiegen wird.

Alb. Willy Schüler
Kunst- und Bauschlosserei
Wallstraße 12. Magdeburg Fernruf 2354
Iertügl 12. Schlosserarbeiten an.
Spez.: Markisen, Scherengitter pp.

**„Zum Patzenhofer“
u. Hotel „Stadt Prag“**
Bärstraße Nr. 1 b-2 - Fernruf: Patzenhofer 7239, Hotel 1340
Das Haus der guten Küche!
Großer Frühstücks-, Mittags- und Abend-Tisch
Jeden Abend abwechselnd Stammerichte.
Zum Ausschank gelangen die gut gegliederten und temperierten echt „Schalltels-Patzenhofer“ Biere. Ganz besonders mache ich auf die neu eingebaute Bar- und Entlastungs-Anlage aufmerksam, wodurch das Lokal auch bei stärkstem Besuch vollständig rauchfrei ist.
Neue Betriebsleitung: Hermann Holste.

**Hotel u. Restaurant
„Weißer Bär“**
Bes. Ad. Thurnagel.
Inferieren bringt Gewinn!

Auto-Privat-Fahrschule
Ob.-Ing. Val. Bohland
gerichtlich beidseitiger Sachverständiger für das Kraftfahrwesen.
Ausbildung von Kraftfahrzeugführern
zu kulantesten Bedingungen und
mit bestem Erfolg.
Magdeburg - Wilhelmshaus - Eing. Editharing
Tel. 6334. 3 Minuten v. Hauptbahnhof. Tel. 6354.

Insrieren bringt Erfolg!
D. D. P. Fernsprecher 8095

Adressen
jeder Art, für Ihren Betrieb, liefert Ihnen der bekannte Dresdener
Adressen-Verlag G. Müller
Dresden-N. 6, Königsbrücker Platz 2
(Bitte auf diese Zeitung Bezug zu nehmen)
Adressenkatalog mit ca. 6000 Serien kostenlos

Werbt neue Abonnenten!
J. BORMANN
Große Münzstraße 2
Koffer :: Kettetaschen :: Damen-Gandtaschen :: Beldtaschen :: Altknappen :: Rucksäcke :: Sportutensilien sowie andere Geschenkartikel.

Konsum-Verein
für Magdeburg u. Umgegend

Herrenkonfektion
Burschen-Anzüge 29.- farbige 37.- 32.-
Burschen-Sp.-Anzüge 35.- 42.- 39.-
Herren-Anzüge 34.- farbige 65.- 57.- 48.-
Herren-Anzüge 70.- blau Klub-Anzüge 85.- 80.- 72.-
Herr.-Sommer-Paletots 56.- u. Covercoat, in Schwedenl., v. an

Schuhwaren
Damen-Halbschuh 10.25 farbige 15.- 13.50 12.-
Damen-Lackschuh 9.50 15.- 12.50 10.75
Damen-Halbschuh 12.50 braun 15.- 14.50
Herren-Halbschuh 12.50 farbige 19.- 15.75
Herren-Halbschuh 13.50 Lack 18.50 17.- 14.25

Drucksachen
für Vereins-u. Privatbedarf stellt preiswert her die Buchdruckerei
Hugo Alper
Delitzsch - Hallesche Straße

Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit und Vaterland.

Der Politische Wegweiser erscheint wöchentlich einmal an jedem Sonnabend. — Preisverleihung: 75 Hefen für ein Monatsabonnement (6 Hefen für einen Vierteljahrsabonnement). — Bestellungen nehmen alle suburbanen Buchhändler, Briefträger und der Verlag (S. 47). — Einzelhefte 10 Pf. — Zuschriften an den Verlag für Redaktionen und Geschäftsbriefe.

Verlag: Hermann Beyer, Berlin, Unter den Eichen 10. — Druck: Hermann Beyer, Berlin, Unter den Eichen 10. — Redaktion: Hermann Beyer, Berlin, Unter den Eichen 10. — Verleger: Hermann Beyer, Berlin, Unter den Eichen 10. — Preis: 10 Pf. — Einzelhefte 10 Pf. — Zuschriften an den Verlag für Redaktionen und Geschäftsbriefe.

Nummer 23

Halle (S.), 3. Juni 1927

3. Jahrgang

Vormarsch des Nationalismus.

Der Sieg der Diharbs — Abbruch der Beziehungen mit Rußland — Die Sünden der Kommunisten — Feindliche Empfindungen Moskaus — Litwinows grobe Note — Ueberflüssige Kriegsgerichte — Die Neutralität der Mächte — Deutschlands Bindung durch den Berliner Vertrag — Der ägyptisch-englische Konflikt — Mussolinis Heße gegen Südtirol — Die einmütige Verurteilung Italiens — Der Völkerbundsrat — Danziger Beschwerde über Polen — Die Klage gegen Viteran — Merkwürdige deutsche Gerichtsurteile — Eingreifen des Preussischen Justizministers — Zentrumsstimmung — Der nachgiebige Marx — Der Fall Wirth — Der Fall Hörsing.

Die Diharbs im Londoner Kabinett haben einen unstrittigen Erfolg davon getragen, von dem man jedoch ein ruhiger Betrachtung der Dinge annehmen muß, daß er zu einem Vorstöße wird. Zunächst aber haben sie ihre Absicht erreicht. Der Bruch zwischen England und Rußland ist vollzogen worden und das Unterhandeln hat ihnen mit übermäßiger Mehrheit zugestimmt. Die offiziellen Vertreter der russischen Handelsabordnung müssen mit gebräutiger Frist das Land verlassen. Die diplomatischen Beziehungen sind abgebrochen, ebenso die diplomatischen Beziehungen, während die privaten weiter gebildet werden. Schon diese Einschränkung ist allerlei Schläge zu, zumal sie von Chamberlain noch unterstreichen worden ist. Man möchte nicht ganz auf das russische Geschäft verzichten, aber zugleich den Sonntags die Möglichkeit nehmen, unter der Handelsflagge öffentliches Unheil zu säen. Es ist dabei gleichgültig, wie oft Churchill, der als die freisinnige Kraft angesehen ist, diesenhead, Almerj und Hicks mit ihren Vorwürfen im Recht sind. Es ist ohne weiteres anzunehmen, auch die Klagen sprechen eine eindeutige Sprache, daß die Diharbs sich wider die Absicht in die inneren Angelegenheiten einer anderen Großmacht eingemischt haben. Das hat ihnen zu übel. Rußland frant an der Doppelzunge seines Systems. Während die eigentliche Hebung sich bemüht, den Anschluß nach Westen zu finden, bietet die kommunistische Parteizentrale, die mindestens ebenso mächtig ist, an der Ausbreitung der Bolschewisten. Ein Eingeständnis dafür und zugleich ein Versuch, im Uebel zu steuern, liegt in der eben in Moskau erlassenen Anordnung, wonach die Handelsdelegationen nicht den diplomatischen Vertretungen unterstellt und den selbstherrliche politische Betätigung verboten wird. Damit ist die Schuldfrage bis zu einem gewissen Grade klärt. Aber politische Probleme sind keine juristischen.

Es ist ein Sieg des Nationalismus, der äußerst bedauerlich wirkt. Aber die große Antwort, die Litwinow in England in einer amtlichen Note erteilt hat, kann zu mit wenigen Worten hinweg gehen. Schimpfen allein keine Gegengründe. Der kluge Diharbs, der demgemäß sich einer ärztlichen Behandlung in Frankreich an W. unterziehen muß, hätte ganz bestimmt nicht die Schöffstille unterzeichnet. Sie sind offenbar nicht für den inneren Gebrauch verfertigt worden. Im Island haben sie nur peinliches Echo hervorgerufen, sei bei den Vätern der französischen Dinken, die sonst Freundschaft mit Moskau Wert legen. Aber immerhin mag es erforderlich gewesen sein, schon weil die Abbruch der Beziehungen auch den Russen auf die von gefallen ist. Deshalb auch die milde Kriegesgebe, die sogar in der offiziellen Brande wiedergegeben werden. Wogu England eine Blatade verhängen soll er ein Land, das gar keinen großen Export und noch weniger Import hat, ist unerschütterlich. Wenn eine Note des Union Jact in den finnischen Gewässern ertönen sollte, genaueres wissen wir darüber noch gar nicht, könnte das schon als Demonstration gelten, aber von bis zum Waffengang ist ein weiter Schritt. Rußland ist für einen Krieg nicht gerüstet, wie er kürzlich so guter Kenner der Verhältnisse, wie es Generalmann ist, im Neuen Wiener Journal dargelegt hat. Rußland aber kann bei einem solchen Abenteuer nichts gewinnen. Das Risiko steht in gar keinem Verhältnis dem an sich schon fraglichen Nutzen.

Die Haltung der übrigen Mächte zu Rußland ist bes in im wesentlichen festgelegt. Keine denkt ernstlich daran, ein britisches Beispiel zu folgen. Briand hat das Schritt, auch ausdrücklich in einer persönlichen Ansprache über. In Paris legt man viel zu viel Wert darauf, Frage der Vorkriegsfrage zu regeln, als daß man ohne zwingenden Grund alles wieder leistungsfähig auf ein festsetzt. Auch ist die Stimmung der Nation einem von Beginn an abhold. Italien hat es gleichfalls abgelehnt, irgendwelche Schritte gegen Rußland zu unternehmen, während Deutschland ohnedies durch den Berliner Vertrag zu wehrlosender Neutralität verpflichtet. Deshalb hat es auch die Vertreibung der russischen Truppen in England übernommen. Es konnte gar nicht anders handeln. Eine Parteinahme liegt darin nicht

enthalten, wie selbst deutschfeindliche Blätter im Ausland anerkannt haben. Unsere Haltung wäre klarer zum Ausdruck gekommen, wenn England mit dem gleichen Ansinnen an uns herangetreten wäre. Doch hat es Norwegen Deutschland vorgezogen. Auch die Amerikaner wenden kaum weitgehend, obwohl ihre Sympathien zweifellos auf britischer Seite sind. Wenn der Vorkämpfer des Verrats im Paris eine Rede gehalten hat, in der er die Nachfolger der Semjets mit gefalteten Händen vergißt und von einer Hande von Wörtern sprach, wird er damit kaum die Zustimmung des Volkes Hauses finden. Die Welt sieht diesen Konflikt nur mit ernster Belegen an, weil er die Wirtschaft läßt und eine Atmosphäre der Unsicherheit schafft.

Die Diharbs haben sich mit dem ersten Schritt nicht begnügt, sondern sofort zu einem zweiten ausgeschaut. Ein Beschluß des ägyptischen Kammerausschusses, der das Gehalt für den englischen Oberkommandierenden in Ägypten erwidern will, hat die Londoner Regierung veranlaßt, eine Zurücknahme dieses Beschlusses und droht mit der Aufhebung der von England einseitig geschlossenen und durch keinen internationalen Vertrag gewährleisteten Autonomie des ehemaligen Vorkommandos. Drei Schlachtschiffe unterliegen sehr wertvoll diese Forderung. In sich ist England zweifellos im Recht, nur entscheidet in der Politik der Erfolg. Das Land an Mittelamerika wird schließlich von Mohammedanern besetzt, deren Schicksal mit ganzen Isalam als eigenes empfunden wird. Für die allgemeine britische Politik können daraus noch genügend Schwierigkeiten erwachsen. So hat denn die Opposition im Unterhaus sofort zugegriffen. Die Arbeiterpartei selbst ist ihres Führers beraubt, da Macdonald sich schwer krank Zurückhaltung auferlegen mußte. Die Führung ging dann an Lloyd George und die Vorkämpfer über. Ein übertragender Staatsmann ist er nie gewesen, aber einer der glänzendsten Aktivatoren, über die England verfügt. Seine Kenntnis der Volksstimmung ist groß genug, um Erfolge abzuschätzen, und wenn er jetzt den Kampf gegen die Konservativen aufnimmt, so dürfte er vermutlich genau wissen, was er davon zu erwarten hat.

Wenn die Nationalisten zu Wort kommen, kann Mussolinis unangenehm schmecken. Seine jüngste Redeleistung vor dem Parlament hat selbst die ruhigsten anverwandten Blätter aufgebracht. Es war ein einziges Säbelraseln, allerdings mit gebotener Vorsicht. Die kriegerischen Auseinandersetzungen mit irgendjemandem, den Namen nannte er nicht, wird erst in Jahren erfolgen. Er selbst hält ein zehnjähriges Regiment seiner Persönlichkeit für sicher. Wir nehmen das nicht sonderlich tragisch.

Demokraten, führt eure Kinder Demokratischen Jugend

zu.

Auch bei uns gab es einmal an leuchtender Stelle einen Mann, der immer noch trockenen Bulken und scharfen Säbeln sprach und selbst so friedfertig wie möglich gewesen ist. Allerdings hat er mit solchen Paraphrasen sich selbst ein Abend bereitet. Was uns an der Rede Mussolinis interessiert, ist die Klärung über Südtirol, denn er seine deutsche Kultur glattweg abspaziert. Wir werden kaum in der Lage sein, uns mit Mitteln des Völkerbundsrat zu Wehr zu setzen, da das Gebiet der Etsch nicht uns, sondern Österreich gehörte, und der Friedensvertrag von St. Germain keine Bestimmungen über Minderheiten ent-

hält. Vielmehr gebietet auch die Weltlage keine zerteilten Streitigkeiten hervorzuheben, aber gebietet hat es die Bestimmung gegen den Faschismus bestimmt nicht. Und auf der Tagung der Weltliga für Völkerbund im Berlin ist die Verteilung einmütig gewesen. Engländer, Holländer und Franzosen gaben ihrem Unwillen Ausdruck. Italien hatte es nicht einmal gewagt, den Südtiroler Mitgliedern der Liga Fasse nach Deutschland auszustellen. Seine eigenen Vertreter aber wurden stumm und still, als auf diese Unterdrückung die Rede kam.

Die Ratstagung des Völkerbundes in Genf, die am 13. Juni stattfindet, wird erhebliche Beschwerden der Minderheiten über Gewaltmaßnahmen des Nationalismus zu erwarten haben. Danzig bringt die Angelegenheit der Weltplatte zur Sprache, und die Polen redenswürdig Mutation ansammeln und unbekümmert um alle Verträge schalten und walten, als ob die freie Stadt in ihr Eigentum übergegangen wäre. Auch das brutale Verfahren gegen die deutschen Schulen und Eltern in Ost-Oberschlesien wird immer wieder den Bund beschäftigen, bis einmal dort gründlich Wandel geschaffen worden ist. Während wir früher mit Titauen ausgezeichnet fanden, hat sich das geändert, weil auch dort der Nationalismus am Ruder ist. Der Ministerpräsident Waldemaras ist schädlich mit den Maßnahmen gegen Memel nicht einverstanden, wo für er mancherlei Zeugnisse gibt, aber seine Macht reicht nicht aus, die eigene klare Erkenntnis gegen den Willen der Militär durchzusetzen. Die Auflösung des Memelländer Landtags und die Verschleppung der Wahlen sind ein Rechtsbruch, den Deutschland nicht stillschweigend hinnehmen konnte. Dr. Stresemann hat denn auch selbst Schritte unternommen, um vor dem Rat Anfrage zu erheben. Die Hoffnung, daß die Völker durch die Schritte des Völkerbundes werden, besteht.

colorchecker CLASSIC

Nat...
nicht die...
die in...
den Ge...
Zunmer...
lischen...
tischen...
Ma...
Kleine...
gen ver...
gewisse...
Biel sch...
berg-Br...
ber beh...
mit Tra...
deute, g...
raums...
niemals...
forberm...
Bestimm...
hat sich...
es diese...
finden...
National...
versammlung geringfügige Geldstrafen, während die meisten sogar freigesprochen wurden. Vogl's zu den übrigen.

Mit besonderer Spannung wird man der Vorstandstagung des Zentrums entgegenzusehen können, die sich am Freitag mit dem Fall Wirth beschäftigt. Man braucht die Königsberger Rede des ehemaligen Kanzlers nicht in jedem Ausbund zu billigen, daß aber Herr Marx sofort bereit war, auf deutschnationalen Einfluß hin, ein solches Verfahren gegen den Parteifreund zu eröffnen und zugleich an die Preussische Regierung eine Aufforderung zu richten, Herr Hörsing eines gleichen Vergehens wegen zu inhaftieren, müdet etwas seltsam an. Herr Marx wird kaum auf allgemeines Verständnis damit stoßen, und ein Artikel der „Germania“ „Wir und die Sozialdemokraten“ zeigt, daß man nicht allenthalben im Zentrum mit der neuen Konstitution zufrieden ist, sondern deren Ende herbeisehnt.

Richard W. o. j.